

stischen Industriestaaten, ständig auf Grund des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln vor dem für sie unlösbaren Widerspruch zwischen Wachstum und S. stehen, d. h., daß sie die angestrebten Ziele der wirtschaftlichen Tätigkeit (Vollbeschäftigung, Preis-S., ausgeglichene Zahlungsbilanzen und defizitlosen Staatshaushalt) nicht voll und niemals zu gleicher Zeit erreichen. In den sozialistischen Staaten, deren Wirtschaft auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und der planmäßigen Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus beruht, sind die S. der Volkswirtschaft und die für sie notwendigen Maßnahmen. Gegenstand des staatlichen Planes. In der DDR orientieren die Beschlüsse des XI. Parteitag der SED auf Wachstum, Wohlstand und S. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen der S. sind ständig zu reproduzieren. Vom Standpunkt der ökonomischen Erfordernisse an die S. sind dabei besonders solche Kriterien hervorzuheben wie die Sicherung eines kontinuierlichen —» *Wirtschaftswachstums*, sowohl hinsichtlich der Wachstumsraten als auch der volkswirtschaftlichen Grundproportionen, zur planmäßigen Verbesserung der —* *Arbeits- und Lebensbedingungen* der Bürger; die abgestimmte und proportionale Entwicklung aller Bereiche und Zweige der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens, einschließlich der nichtproduzierenden, aber gesellschaftlich notwendigen oder nützlichen Bereiche; die weitgehende Übereinstimmung der materiellen und finanziellen Prozesse und die damit verbundene allseitige materielle und finanzielle Bilanzierung der Pläne. Für die Leitung und Planung der Volkswirtschaft ergibt sich daraus die Aufgabe, spezifische S.kriterien zu beachten. Von den verschiedenen S.kriterien der

sozialistischen Volkswirtschaft sind insbesondere zu nennen: der kontinuierliche Zuwachs des real verfügbaren Nationaleinkommens bei Einhaltung wichtiger Proportionen und die Einhaltung der geplanten Wachstumskoeffizienten von Produktivität und Einkommen. Die S. der Währung ist Ausdruck und Bestandteil der gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen der S. unter sozialistischen Produktionsverhältnissen.

Stadt: grundlegende Einheit des Gesellschafts- und —» *Staatsaufbaus der DDR*, in sozialökonomischer Hinsicht charakterisiert durch die Konzentration von industrieller Produktion und Dienstleistungen sowie Wissenschafts-, Bildungs-, Kultur- und politisch-staatlichen Leitungsinstitutionen mit überörtlichen Funktionen. Die S. bilden die territorialen Konzentrationspunkte der Entwicklung der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Lebens. Von ihnen gehen wesentliche politische, wirtschaftliche und geistig-kulturelle Impulse auf die umliegenden Gemeinden (Umland, Einzugsgebiet der S.) aus. Über die Bildung und Auflösung von S. und die Veränderung ihrer Grenzen beschließt bei kreisangehörigen S. der Kreistag, bei Stadtkreisen der Bezirksrat nach vorheriger Zustimmung des Ministerrates. Auf Vorschlag des Ministerrates kann vom Staatsrat der DDR Gemeinden der Status einer Stadt verliehen werden. Die Verfassung der DDR charakterisiert die S. im Gesellschafts- und Staatsaufbau als im Rahmen der zentralen staatlichen Leitung und Planung eigenverantwortliche Gemeinschaft, in der die Bürger arbeiten und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse gestalten. Sie sichert die Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Grundrechte der Bürger, die wirksame Verbindung der persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen sowie ein vielfälti-